

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 7,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 4. Spalte 2,50 Gulden, die 5. Spalte 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Goldmark. Abonnement- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 49 Mittwoch, den 27. Februar 1924 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckachen 3290.

Fort mit dem Achtstundentag!

Eine Eingabe der Danziger Metallindustriellen an den Senat.

Als die Gewerkschaften in den letzten Wochen sich in ihren Versammlungen lebhaft für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages einsetzten, wurde von bürgerlicher Seite der Einwurf erhoben, daß dieser Kampf der Gewerkschaften nur provokierend wirke, da der Achtstundentag in Danzig nicht ernsthaft bedroht sei. Wie notwendig aber die Kampfesentschlossenheit der Gewerkschaften ist, zeigt eine Eingabe des Verbandes der Metallindustriellen Danzigs an den Senat, in welcher diese Unternehmerorganisation die Abschaffung des Achtstundentages im Freistaat fordert. Um die Öffentlichkeit von den Gedankengängen des hiesigen Unternehmertums zu unterrichten, geben wir nachstehend die Eingabe mit einigen unwesentlichen Kürzungen in ihrem Wortlaut wieder:

In der Volkstagsitzung vom 15. Februar ist ein kommunikativer Antrag zur Ausschüßberatung überwiesen worden, nach dem der durch die von Deutschland als Gesetz übernommenen Demobilisierungsverordnungen festgelegte Achtstundentag nochmals gesetzlich festgelegt werden soll, unter Aufhebung der wenigen Ausnahmestimmungen, die die alten Verordnungen enthalten.

Demgegenüber hält sich der unterzeichnete Verband als Vertreter einer der wichtigsten Industriezweige des Freistaates verpflichtet, nochmals die Forderung auf

Aufhebung des Achtstundentages

zu stellen und begründet nachstehend seinen Antrag:

Die Danziger Industrie ist zum größten Teil darauf angewiesen, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Große Unternehmungen, wie die Werft, haben überhaupt nur dort ihr Absatzgebiet. Andere Unternehmungen finden im Freistaat und in Polen nicht so viel Absatz, daß ein rentables Unternehmen darauf allein aufgebaut werden könnte. Auf dem Weltmarkt entscheidet jedoch neben der Qualität in erster Linie die Billigkeit und Schnelligkeit der Lieferung.

Durch die hohen Frachten für alle Rohstoffe, die aus Übersee, der Tschecho-Slowakei, dem Ruhrgebiet oder England bezogen werden müssen und durch die teilweise auf ihnen liegenden Zölle sind die Herstellungskosten schon im voraus zu Ungunsten der hiesigen Industrie belastet. Alle Rohstoffe usw. sind durch die Zölle ebenfalls außerordentlich verteuert. Die allgemeinen Kosten also wesentlich höher als die der Konkurrenzfirmen. Diese Nachteile konnten bisher schon nur zum kleinsten Teile durch Verbesserung der Betriebsorganisationen ausgeglichen werden. Nun ist in Deutschland das neue Arbeitsgesetz in Kraft getreten und in weiten Bezirken die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitszeit auf 54 bis 60 Stunden zu verlängern. Auch bei den norddeutschen Seefahrtswerften in Pommern und Dänemark steht die Verlängerung der Arbeitszeit bevor. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Japan und Dänemark bestehen überhaupt keine gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit. In Polen können zurzeit 120 Überstunden im Jahr geleistet werden.

Unter diesen Umständen ist eine Konkurrenz der hiesigen Industrie mit der ausländischen für alle Zeiten ausgeschlossen, falls im Freistaat nicht ebenfalls die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit gegeben wird. Was das aber für den Freistaat, der in seiner Existenz auf die Exporte der exportierenden Industrie angewiesen ist, was das für Tausende von Arbeitern bedeutet, die von dieser Industrie leben, braucht nicht besonders betont zu werden.

Eine wirksame Verbilligung der Produktion ist nicht allein auf dem Wege der Verbesserung der Betriebsorganisation zu erreichen. Diesem, der immer wieder die Industrie auf eine Verbesserung der Betriebsorganisation verweisen, vergessen, daß unsere Betriebe in ihrer Mehrzahl schon vor dem Kriege wettbewerbsfähig eingerichtet waren und daß etwa noch vorhandene Möglichkeiten von dem Auslande mitgenutzt sind. Es ist unbedingt notwendig, daß die Möglichkeit geschaffen wird, durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und ihrer Belegschaft die Arbeitszeit erforderlichenfalls bis 60 Stunden zu verlängern. In der Fabrikation von Maschinen ist das Produktionsergebnis lediglich abhängig von der Leistung der Maschinen.

Es ist klar, daß diese in 10 Stunden 25 Prozent mehr leisten als in 8 Stunden. Aber auch in jedem anderen Betriebe ist eine Produktionsverbilligung nur möglich, wenn die vorhandenen Maschinen mehr ausgenutzt werden als bisher. Das klarste Beispiel für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung bietet der Schiffbau. Die Anzahl von Arbeitskräften, die zur Fertigstellung eines Schiffes verwendet werden kann, ist begrenzt und nicht beliebig vermehrbar. Es kann weiterhin nicht bestritten werden, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit in ihrer Auswirkung die Einstellung der Arbeitslöhne eher ermöglicht als eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Durch die bessere Ausnutzung der Betriebsmittel und die verhältnismäßig ganz wesentlich herabgesetzten Kosten wird die Produktion bedeutend verbilligt und dadurch bessere Absatzmöglichkeiten geschaffen. Das hat jedoch wieder Eingaben von Auftragsgebern zur Folge und bietet damit die Möglichkeit, neue Arbeitskräfte einzustellen.

Andererseits ermöglicht jedoch die Verlängerung der Arbeitszeit in Krisenzeiten den Betrieb bei relativ niedrigen Löhnen in größerem Umfange fortzuführen und weniger Preise zu entlassen als dies bei den hohen Löhnen der Achtstundentagszeit der Fall sein kann. Auch die Ausführungen von Arbeitern auf Vorrat, um über Krisenzeiten hinweg zu kommen, ist dann mit viel geringerem Risiko verknüpft. Die verlängerte Arbeitszeit bietet also auch einen gewissen Schutz gegen spätere Arbeitslosigkeit. Es besteht auch nicht die Gefahr, daß infolge Einführung der längeren Arbeitszeit größere Entlassungen vorgenommen werden müßten. Wir sind überzeugt, daß schon jetzt sehr viel Betriebe in der Lage sind, länger zu arbeiten als bisher, ohne deshalb Preise zu senken. Auch Deutschland hat den Schritt zur Verlängerung

außerordentlich große Arbeitslosigkeit bestand. Sie ist durch Verlängerung der Arbeitszeit nicht vergrößert worden, im Gegenteil lassen die letzten Berichte aus Deutschland einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die zurzeit bestehende Arbeitslosigkeit kein Grund dafür sein dürfte, von einer Verlängerung der Arbeitszeit abzusehen.

Die Beseitigung der augenblicklichen Arbeitslosigkeit ist einzig und allein möglich, wenn wir wieder Aufträge bekommen. Bei der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist hierzu jedoch erforderlich, daß wir unsere Produktion ganz bedeutend verbilligen können. Dasselbe gilt für den Markt im Freistaat und in Polen. Überall steht der Absatz, weil infolge der hohen Produktionskosten die Preise zu hoch sind. Die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit muß dazu mitwirken, die Produktionskosten abzubauen, um den Absatz zu beleben. Die Aufhebung des schematischen Achtstundentages liegt jedoch auch im ureigenen Interesse der Arbeitererschaft. Die Beschäftigung der Arbeitslosen ist nur auf diesem Wege möglich. Da bei dem geringen Absatz und der zurzeit zu hohen Produktionskosten eine Erhöhung der augenblicklich gezahlten Löhne nirgends in Frage kommen kann, ist den Arbeitnehmern lediglich auf dem Wege längerer Arbeit die Möglichkeit gegeben, ihr persönliches Einkommen zu erhöhen.

Die Regelung der Arbeitszeit ist also eine Lebensfrage für den Freistaat. Wir müssen endgültig die irrige marxistische Ansicht aufgeben, also ob mit Rücksicht auf die Arbeitslosen die Arbeitszeit nicht nur nicht verlängert, sondern eher verkürzt werden müßte. Auf diesem Wege wird die Produktion nur weiter verteuert und dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Wir sind überzeugt, daß trotz aller gegenteiligen, von den Gewerkschaften insinuierten Entstellungen der größte Teil der Arbeiterschaft einleuchtet, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig ist und auch zur Beseitigung einer längeren Arbeit bereit ist.

Wir fordern daher dringend von den maßgebenden Stellen im Interesse des Freistaates und seiner gesamten Bevölkerung, schnellstens die Möglichkeit dazu zu geben, daß die Industrie auf dem Wege der freien Uebereinkunft zwischen Unternehmer und Belegschaft, wo es möglich ist, eine längere Arbeitszeit vereinbaren kann.

Hochachtungsvoll

Verband der Metallindustriellen Danzigs.

Unser Metallindustriellen gehen gleich auf Danzig. Statt der achtstündigen, gleich die zehnstündige Arbeitszeit. Wenn sie dabei auf die Verhältnisse in anderen Ländern hinweisen, so stimmen diese Hinweise zum großen Teil nicht. Wie an anderer Stelle unseres Blattes zu lesen ist, werden auf den deutschen Werften, gerade in diesen Tagen heftige Kämpfe um die Verlängerung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden ausgefochten. Polen hat gerade in diesen Tagen das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifiziert. Die englische Arbeiterregierung hat ihre Absicht kundgetan, eine neue internationale Konferenz einzuberufen, um den Achtstundentag überall zur Durchführung zu bringen. Alle diese Tatsachen werden in der Eingabe der Danziger Metallindustriellen einfach ignoriert.

Auf weitere Einzelheiten werden wir noch zurückkommen. Auf jeden Fall aber zeigt die Eingabe, wie ernst die Situation für die Danziger Arbeiterschaft geworden ist.

Der Hitler-Ludendorff-Prozess in München.

Dreistundenrede Hitlers. Kahr und Lohse mitschuldige Hochverräter.

In der Infanterieschule in München begann gestern der Hitler-Ludendorff-Prozess. Die bayerische Regierung hatte große Vorkehrungen getroffen. Das Gebäude war rings durch Drahtverläufe und Reichswachposten abgesperrt. Die Teilnehmer an den Verhandlungen mußten sich mehrmals Untersuchungen nach Waffen unterziehen. Der Gerichtshof besteht aus 2 Berufsrichtern und 3 Laienrichtern. Nach Eröffnung der Verhandlung um 9 Uhr wurde nach Feststellung der Anwesenheit aller Angeklagten vom Staatsanwalt die längere Anklageschrift vorgelesen.

Das mehrere Seiten umfassende Dokument sucht von vornherein die Harmlosigkeit der Handlungswelt des ehemaligen Generalkommandanten v. Kahr, des Landeskommandanten v. Lohse, auch des Herrn v. Seißer, zu erweisen. Dabei ergibt sich aus den beigebrachten Tatsachen, daß Kahr und Lohse lange Zeit vor dem Putz mit Hitler und seinen Anhängern in Verbindung standen und über die Einzelheiten des Unternehmens genau unterrichtet waren. Sie haben nichts getan, was den Putz im Entstehen hätte verhindern können, haben vielmehr noch bestehende republikanische Schutzorganisationen bewußt zerschlagen. In den letzten und wichtigsten Abschnitten befaßt sich die Anklageschrift mit der besonderen Schuldfrage der einzelnen Angeklagten. Adolf Hitler wird als die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet. Er habe den Plan zu dem Unternehmen entworfen, sich bei der Ausführung an die Spitze gesetzt, den Sturz der Regierung im Reich und in Bayern erklärt, immer neue Kräfte vertrieben und für sich selbst die oberste Leitung der Reichspolitik allein in Anspruch genommen. Er sei bemüht gewesen, das Unternehmen zu fertigen und zu erweitern und es auch dann fortzuführen, als ihm die völlige Ausschichtslosigkeit vollkommen klar sein mußte. Bei General Ludendorff sei die Annahme begründet, daß er über das für den 8. November geplante Unternehmen schon vorher genau unterrichtet war. Von der gewaltigen verfassungswidrigen Art des eingeleiteten Unternehmens habe er jedoch nichts mit dem Abend des 8. November Kenntnis erhalten, als er mit Kahr zusammen abgeholt und zum Bürgerbräukeller gebracht wurde. Er sei auch zugleich auf die Seite des Unternehmens getreten und habe sich als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee betätigt, indem er Verordnungen über die Grenzschutz, Eingliederung der nationalen Verbände in die Reichswehr erließ, den Befehl an Hauptmann a. D. Höhn gab, das Reichswehrkommando mit seinen Leuten besetzt zu halten und sich schließlich an die Spitze des Zuges in das Stadthaus zu stellen, um durch das Gewicht seines Namens und seiner Persönlichkeit dem Ganzen einen besonderen Nachdruck zu geben und Einfluß auf Reichswehr und Landespolitik zugunsten des Unternehmens zu gewinnen.

Von dem Rat am Obersten Landesgericht München, Graf Poebner, behauptet die Anklage, daß er schon einen Tag vorher von dem Plan Hitlers wußte. Ebenso habe der Freiamtmann bei der Polizeidirektion München, Wilhelm Fried, sich vorher schon bereit erklärt, für den Fall einer völligen Erhebung den Posten eines Polizeipräsidenten in München anzunehmen. Auch habe er von den für den Abend des 8. November geplanten Ereignissen Kenntnis haben müssen.

Die Anklageschrift stellt schließlich fest, daß die Beschuldigten, gestützt auf bewaffnete Machtmittel, im bewußten Zusammenwirken es unternommen haben, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewalttätig zu beseitigen, die Verfassung des Deutschen Reichs und Bayerns gewalttätig zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reich auszurufen und daher die sämtlichen Angeklagten des Hochverrats zu bestrafen.

Gleich nachdem die Verlesung der Anklageschrift beendet war, stellte der Staatsanwalt den Antrag, wegen der

Öffentlichkeit für die ganzen Verhandlungen auszusprechen, und allenfalls nur für einen Teil des Verfahrens, der ungefährlich scheint, die Öffentlichkeit wieder herzustellen. Die Verteidigung widersprach sehr heftig. Es würde genügen, für einzelne Teile des Prozesses die Öffentlichkeit auszuschließen, doch müßte das Verfahren generell, wie es Herr v. Kahr versprochen habe, öffentlich geführt werden. Das Gericht beriet über den Antrag des Staatsanwalts mit der Verteidigung und den Angeklagten unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nach Schluss der Voruntersuchung wurde bekannt, daß das Gericht beschlossen hat, öffentlich zu verhandeln und die Öffentlichkeit nur teilweise auszuschließen.

Nach Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung wurde Hitler vernommen. Er führte aus, daß er den Weltkrieg in der bayerischen Armee mitgemacht habe. Kurz vor Kriegsausbruch, am 21. Oktober 1918, erlitt er eine schwere Gasvergiftung. Während der Revolution lag er im Lazarett in Passau. 1921 kam er als Architekturstudium nach München und wollte sich auch als Baumeister ausbilden. Zur gleichen Zeit will er Weltgeschichte, Volkswirtschaft und militärische Wissenschaft studiert haben. Der Nationalsozialistischen Partei trat er erst im Juli 1921 bei, war also nicht ihr Gründer.

In der Nachmittagsitzung ließ er sich dann in dreistündiger Rede über seine politische Gesinnung und Agitation und die Vorbereitungen zu dem Putz vom 9. November aus. Er sei aus Wien als Antisemit und fanatischer Nationalist nach München gegangen. Schon damals war er überzeugt, daß Deutschland, wenn es nicht in der Lage sei, das marxistische Problem zu lösen, niemals den Krieg gewinnen würde. Dann schilderte Hitler seine Militärzeit, den Beginn der Revolution und die Räteperiode. In diese Zeit fiel auch die Gründung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Die Novemberrevolution 1918 werde als gelungenes Hochverrat bezeichnet, sei aber Landesverrat gewesen und der Volkshoch gegen die kämpfende Armee. Seine Partei verfolgte die Massenankündigung und die Schaffung einer Sturmabteilung, um den marxistischen Terror zu bekämpfen.

Die Frage der Erhaltung des Ruhrgebiets konnte in erster Linie nur eine Frage der Wiedererweckung des deutschen Willens sein. Er habe dem General Lohse erklärt, daß der passive Widerstand das Ende des Ruhrkampfes bedeute. Die ganze Entwicklung des Ruhrkampfes habe den Nationalsozialisten recht gegeben. 1920 habe er Kahr kennen gelernt, den er als einen biederen ehrenhaften Beamten eingeschätzt habe. Kahr habe niemals die eiserne Faust befehlen, um Ordnung zu schaffen. Ein Grund für das Verbot der nationalsozialistischen Massenversammlungen sei seinerzeit nicht angegeben worden, es sei wegen Putzgefahr erfolgt. Oberst Seißer habe erklärt, daß das Verbot eine Auswirkung des Ausnahmestandes sei. Bei einer Begegnung mit Reichsminister Lohse sei dieser für eine Aufnahme des Kampfes mit dem Norden eingetreten. Hitler habe aber erklärt, daß der Kampf gegen Berlin nicht in einer Verletzung bayerischer Rechte geführt werden könne. General Lohse habe damals den Gehorsam seiner vorgesetzten Stelle tatsächlich verweigert. Er habe damals Lohse erklärt, es handle sich um Deutschland, um die archaische Frage. Das Volk erwarte, daß jetzt der Kampf gegen die Novemberverbrecher mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen werde. Es gebe nur drei Möglichkeiten: Entweder den begonnenen Kampf zu Ende zu führen oder eine Kapitulation, oder als letzter Ausweg, sich nach auswärts Hilfe umsehen. Lohse habe das letztere und eine Kapitulation entschieden als unmöglich erklärt. Hitler habe Lohse gesagt, daß Poebner als Diktator in Frage komme, daß der energiegelaste und fähige Kopf.

Im Heiser. Amisdrich, ungeduldig: Sehen Sie doch
in diesem Jahre an, Angehörte, es liegt in unsemr heider-
tlichen Interesse: Sie sind für den gansen Winter versorgt
und wir wird das Mittagessen nicht kalt!

Die erste Arbeitsigung der Stadtbürgererschaft.

Niederlagen des Senats. — Zwischige Staatsberatungen. — Bürgerliche Agitationsrede.

Mit der gestrigen Sitzung hat die Stadtbürgererschaft ihre eigentliche Tätigkeit aufgenommen. Der Verlauf der Tagung war nach mehr als einer Richtung höchst interessant. Zunächst hatte der Senat einen sehr schlechten Tag. Schon bei der Eröffnung der Sitzung gab es einen einheitlichen Protest gegen ihn, weil weder Senatoren noch Senatsvertreter anwesend waren, obwohl sie in großer Zahl gemeldet waren. Auf Anregung von bürgerlicher Seite soll bei der Ausarbeitung der Geschäftsordnung sogar an Maßnahmen gedacht werden, um die Herren zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten zu können. Auch mit seiner Vorlagen hatte der Senat gestern durchgängig Pech. Die Vorlage auf Verpachtung der Markthallenfläche fand von sozialdemokratischer Seite Widerspruch, weil weder die Einzelheiten genügend vorbereitet und geprüft worden waren, noch eine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hatte. Als man sich auf bürgerlicher Seite den sozialdemokratischen Argumenten teilweise angeschlossen, hielt es der Degenert für geraten, die Vorlage zurückzuziehen. Der dringliche Antrag des Senats auf Bewilligung von Mitteln für Ankauf eines Frähdampfers fand sogar einstimmige Ablehnung. Die Vorlage löste so starke Bedenken aus, daß man selbst bei den sonst so gefolgten Deutschen Nationalen erst eine eingehende Beratung im Ausschuss für notwendig erachtete und sich in der Abstimmung auch nicht ein Vertreter fand, der für die Vorlage seine Stimme abgab. Den breitesten Raum nahmen die Staatsberatungen ein. Von sozialdemokratischer Seite war ein auch von bürgerlichen Rednern anerkannter zweckmäßiger Vorschlag zur erheblichen Vereinfachung der Staatsberatungen gemacht, doch war die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter nicht dafür zu gewinnen. Man wollte, obwohl man sonst nicht genug gegen die parlamentarische „Mietrederei“ zu Felde zieht, sich die Gelegenheit zu unangebrachten Agitationsreden nicht entgehen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion beteiligte sich an dieser „produktiven“ Tätigkeit nicht.

Bei Eröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr wurde durch Namensaufruf die Anwesenheit von 86 Mitgliefern der Stadtbürgererschaft festgestellt. Die Senatsvertreter waren jedoch vollständig leer, obwohl eine große Zahl Senatoren und Senatsvertreter anwesend waren. Dieser Zustand veranlaßte sogar das Bürgerschaftsmitglied Hermann (Dt. N.), einen scharfen Protest gegen diese Nichtachtung der Versammlung einzulegen. Unter allgemeiner Zustimmung forderte er, daß vom Senat eine ordnungsgemäße Vertretung verlangt wird und daß stets festgestellt wird, wer von den gemeldeten Senatsvertretern nicht erschienen ist. — Erst nach geraumer Zeit erschienen einige Senatoren und Senatsvertreter, die jedoch zahlenmäßig nur einen geringen Bruchteil der laugen Liste der gemeldeten Vertreter darstellten.

Die Wahlen für die Wohlfahrtskommissionen und Schulvorstände gingen den Vorschlägen entsprechend ohne Widerspruch von Statten.

Auch die Zusammenkunft und Neubekennung der Verwaltungsausschüsse erfolgte einstimmig nach den Vorbereitungen des Wahlausschusses. Eine Aussprache entwickelte sich erst über die Vorlage des Senats auf Weiterverpachtung der

Kassette der Markthallen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde durch den Gen. Stawicki die Überweisung der Vorlage an den zuständigen Ausschuss beantragt, damit festgestellt werde, ob der Marktpreis angemessen ist. Weiter wurde der momentane Zustand der Kasse, die wenig appetitliche Ruhezustand und der schlechte Geschmack der dort verabreichten Kaffeegetränke bemerkt. Der Senatsvertreter, der erklärte, daß die Neuverpachtung dränge, da der Vertrag am 1. April abläufe. Um erst bald eine Revision der Verpachtung vornehmen zu können, würde die Pachtdauer zunächst auf ein Jahr beschränkt werden können. Um Abhilfe der mitgeteilten Mängel werde man besorgt sein. (Zurück: Es hätte gar nicht dazu kommen dürfen.) Als vom Gen. Grünhagen darauf bemerkt wurde, daß keine öffentliche Ausschreibung der Verpachtung erfolgt ist, weil nur auf diesem Wege der zutreffende Preis festgestellt werden könne, von der Senatsvertreter die Vorlage zurück, um allen Wünschen gerecht zu werden.

Nach weniger Glück hatte der Senat mit seinem Antrag auf Bewilligung von 18000 Gulden zum Ankauf eines

Nährdampfers für die Milchpferd-Transporte.

Nach der als dringlich bezeichneten Vorlage sollte, da die jetzt dort verarbeitete Milch altert und gesundheitlich ist, ein kleiner Dampfer gekauft werden. Zu diesem Zweck wurde ein Dampfer „Geinrich“ von der Polanwerft, der bereits auf der Elbe als Nährdampfer verwendet worden ist, beschafft. Dieser nicht mitgeteilt war, aus welchen Gründen der Dampfer von dort beschaffen worden ist. Folgt er noch den in der Vorlage gemachten Angaben noch in gutem Zustand sein. Von der Ver. Soz. Fraktion trat Gen. Werner für die Verurteilung der Inaalegenheit durch den zuständigen Ausschuss ein. Es müsse geprüft werden, ob es nicht zweckmäßiger sei, statt eines Dampfers ein Motorboot anzuschaffen. Auch sei es vorzuziehen, statt eines alten Dampfers einen neuen zu kaufen. Falls der bisherige Dampfer außer Dienst gestellt werden müsse, könne während der Pachtzeit ein Motorboot eingebracht werden. In der Diskussion wurde die Ansicht, daß ein gebräuchlicher Dampfer besser einen neuen bauen zu lassen, allgemein geteilt. Als vom Senatsvertreter erfuhr wurde, dem Senat freie Hand zu lassen, da auch noch ein Dampfer aus Posenhof anzuhaben ist, trat man auch auf bürgerlicher Seite für eine eingehende Durchberatung der Angelegenheit im Ausschuss ein. Einstimmig wurde die Vorlage des Senats abgelehnt.

Darauf sollte in

Die Veratuna der Einzel-Geschäftspläne

eingebracht werden. Die Ver. Soz. Fraktion ließ durch den Gen. Kunze erklären, daß sie die vorerwähnte Einzelberatung im Senat nicht als zweckmäßig ansehe. Es sei widersinnig und unnütze Größenschwärmerei in der ersten Phase ohne genügende Vorbereitung eine Ausschreibung und Beschaffung anzunehmen, die Staats annehmen, um sie später im Ausschuss abzuändern. Der heute hier sei, nach der Veratuna des Geschäftsplanentwurfes eine Generalauskunft stattfinden zu lassen. In der alle Fraktionen zusammenfassend ihre Ansichten zu den Einzelplänen darlegen, während jetzt jede Fraktion zu jedem einzelnen Etat ihre Meinung vorbringt. Im Interesse der Vereinfachung der Geschäfte schlägt er daher die Zurückstellung der vorliegenden Pläne zur Generaldiskussion vor.

Von bürgerlicher Seite wurde zwar die Zweckmäßigkeit des sozialdemokratischen Vorschlages anerkannt, doch erklärte man, die Einzelentscheidungen vorzuziehen zu lassen. Für später würde man den Vorschlag akzeptieren. Der Mehrheit stimmte man den sozialdemokratischen Antrag

nieder und trat in die Einzelberatung ein. Die Aussprache kam über kleine Wünsche und Forderungen, die meistens nur aus agitatorischen Motiven erhoben wurden, nicht hinaus. Die Ver. Soz. Fraktion lehnte eine Beteiligung an der Aussprache ab, zumal zunächst in den Ausschüssen über die Einzelheiten viel besser diskutiert werden kann. Auch an der Abstimmung beteiligte sich die Linke nicht, um nicht von vornherein sich auf Entscheidungen festzulegen, die in den Ausschüssen wieder geändert werden müßten. Mit wechselnden bürgerlichen Mehrheiten wurden die vorliegenden Etats in erster Beratung verabschiedet.

Eine kurze Aussprache entbrenn sich noch über die Kündigung von Laubenzotischen.

In der Kolonie Altkottland. Nach den Begründungen der vorliegenden Anfragen, wobei auf den Wert der Laubenzotischen hingewiesen wurde, erklärte Senator Leske, daß die Kündigungen nur eine verwaltungsrechtliche Maßnahme gewesen seien. Der Vertrag mit dem Hauswächter laufe noch und es bestehe keine Abicht, die Laubenzotische aufzuheben. Die Kündigungen würden zurückgezogen. Als sich in der weiteren Aussprache jedoch erhebliche Unklarheiten in der Stellungnahme der Verwaltung ergaben, wurde vom Gen. Behrend erklärt, daß angesichts des Wohnungs Mangels an eine Aufhebung von Laubenzotischen nicht gedacht werden dürfe. Von der Benutzung des traktierten Geländes zu Industriewerken dürfe angesichts der Nähe der Stadt keine Rede sein. Um eine weitere Verschlechterung der Luft in der Stadt zu vermeiden, müsse die Industrie in weiter heranziehenden Gegenden untergebracht werden. Nachdem Senator Leske unzweideutig erklärte, daß eine Kündigung der Laubenzotische nicht erfolgen werde, fand die Aussprache ihren Abschluß.

Damit war auch die Tagesordnung erledigt und wurde die öffentliche Sitzung um 8 1/2 Uhr geschlossen. Eine geheime Sitzung, die sich hauptsächlich mit Verpachtungen beschäftigte, schloß sich an.

Der Etat des Volkstages.

Ueber die Kosten des Volkstages, die die Öffentlichkeit schon wiederholt beschäftigt haben, gibt der Haushaltsplan des Volkstages für 1924 ein klares Bild. Die oft angeforderte Aufwandsberechnung der Abgeordneten erfordert insgesamt 110000 Gulden. 99 Abgeordnete erhalten eine monatliche Entschädigung von 69 Gulden, 21 auswärtige Volksvertreter eine solche von 120 Gulden. Für die Teilnahme an Ausschüssen wird 920 Gulden gezahlt. Einschließlich der Extraberechnung für die Präsidenten beträgt die Gesamtansatz für diese Zwecke 112260 Gulden. Die sich um 1880 Gulden für veräumte Sitzungen ermäßigen dürfte. Reisekosten und Fahrgebel der Abgeordneten erfordern 3000 Gulden.

Für die Befoldung des Verwaltungspersonals sind 71385 Gulden eingeplant worden. Die stenographischen Dienste, gegen die sich der Sparmaßstabsleiter der Deutschen Nationalen immer wieder wendete, kosten rund 20000 Gulden jährlich, davon werden 10000 Gulden für Drucklegung gebraucht. Geipart werden muß, aber an anderer Stelle bietet sich viel besser Gelegenheit dazu. Für allgemeine Kassen (Schreib- und Bureaubedürfnisse, Fernsprecher usw.) sind 37900 Gulden notwendig. Fondsbedürfnisse, insbesondere Heizung, verursachen eine Ausgabe von 20000 Gulden. Für einmalige Ausgaben werden 55000 Gulden angefordert, wovon 40000 Gulden zum Umbau der Heizungsanlage dienen sollen. Für 10000 Gulden soll eine kleine Druckerei eingerichtet werden, die Anträge usw. vervielfältigt. Bisher werden sie durch Steindruck hergestellt. In Buchdruck werden derartige Drucksachen schneller und billiger herzustellen sein.

Insgesamt erfordert der Volkstag im Jahre 1924 eine Ausgabe von 320800 Gulden, an Einnahmen von Mieten für Dienstwohnungen sind 700 Gulden vorzusehen, jedoch ein Zuschuß von 320100 Gulden erforderlich ist. Jeder freistaatbürger hätte also etwa 90 Pfg. jährlich für die Kosten des Volkstages aufzubringen.

Neue Gehälter für Bank- und Handelsangestellte.

Vom Zentralverband der Angestellten, Bezirksplatz 1-2, wird uns mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuss Danzig hat über die Regelung der Gehälter für die Bank- und Handelsangestellten für die Monate Februar und März letzten folgenden Schiedsspruch gefällt: Die im Dezember 1923 gegählten Tarifgehälter werden für die Monate Februar und März mit 20 Prozent in allen Klassen und Altersstufen erhöht. Für den Monat Januar sind die Gehälter der Handelsangestellten um 10 Prozent durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses erhöht worden. Das Gehalt des Richtmannes im Dezember betrug 19425 Gulden, für Januar laut Schiedsspruch 21375 Gulden. Für das Gehalt mit 21375 Gulden für Januar haben die Angestelltenvergütungskommissionen die Allgemeinverbindlichkeit beim Demobilisierungskommisär beantragt. Verhandlungen darüber finden am 28. d. Mts. vor dem Demobilisierungskommisär statt. Nach dem geklärten Schiedsspruch für die Monate Februar und März ergibt sich für den Richtmann des Großhandels ein Gehalt von 213 Gulden pro Monat, für den Richtmann des Einzelhandels für die gleichen Monate 210 Gulden pro Monat. Die Parteien haben eine Frist bis zum 5. März d. J. zur Erklärung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erhalten.

Veranstaltungen der „Neuen Kultur“. Für den Monat März hat die Neue Kultur wieder hervorragende Kräfte zu Gastspielen nach Danzig verpflichtet. Heinrich Alberti wird wieder mit mehreren Solo-Abenden in Danzig beim Kanakhof, Oliba und Jopovot aufwarten. Außerdem ist für Danzig am 9. März ein Kammermusikabend, auszuführen zusammen mit dem Primarorchester vorzusehen. Vom 1. bis 7. März werden die ebenfalls hier sehr gut bekannten Koch-Verkon-Spiele stattfinden. Das Programm bringt außer den hier damals herrlich aufgeführten Stücken eine Neuvertonung des „Sturm“ von Schopenhauer. Die Preise müßten der enormen Unkosten wegen verhältnismäßig hoch gehalten werden. Zu bedenken ist hierbei jedoch, daß die Mitarbeiter der Neuen Kultur, Volkshochschule, der Freien Volksschule und es auch vereins eine anerkannte Organisation haben. Ein Nachmittags ist den Kindern angemessen auch Ermäßigungen haben für diese Veranstaltung Zutritt. Es sollen halbe Abendpreise. Im Jopovot Stadttheater wird am 9. März „Gamel“ von Schopenhauer aufgeführt. Am 10. März bereits bekanntes Programm für den Abend. Der Totentanz“ hervorgehoben, der von Koch-Verkon neu durchgearbeitet ist. Erwähnt sei noch, daß Anfang April Hermann Stehr zu literarischen Abenden nach Danzig kommt. Besonders acht die Neue Kultur auch in weiteren Hosen über die Verhandlungen mit machen.

den Persönlichkeiten auf dem gesamten Gebiet der Kunst sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß mit dem 1. März eine Reformkule für Bühnen- und Ballett in Kunst ins Leben gerufen wird. Näheres hierüber wird noch durch die Tagespresse beam. durch Plakate bekannt gegeben.

Der Zeitvertreib eines Kreisarztes.

8 Fürsorgeabgänge als Opfer einer Treibjagd.

Am 15. Februar berichteten wir, daß am Morgen gleichen Tages auf dem Bahnhofs des Hauptbahnhofs Anzahl dünngekleideter Fürsorgeabgänge standen, die scheinbar einer in Pelzen wohlverwummten Jagdgesellschaft als Treiber dienen sollten. Es war dies an einem der kaltesten Tage dieses Winters, wenige Tage nach einem außerordentlich kalten Schneefall. Damals machten wir das aufmerksamen, daß die Kinder durch einen derartigen Mißbrauch gesundheitlichen Gefahren preisgegeben seien. Was wir voraussahen, ist leider Tatsache geworden. Von den 25 Jungen aus der freikaatlichen Fürsorgeanstalt Tempelburg liegen 8 schon seit Wochen schwer krank darnieder. Einige von ihnen werden teilweise Krüppel bleiben. Von den Unglücklichen liegen fünf in der Krankenabteilung der Anstalt, weitere drei befinden sich seit Wochen im Diafonienkrankenhaus, wo ihnen die Füße und Hände abgenommen worden sind. Die Glieder waren erfroren.

Von Lesern unserer Zeitung darauf aufmerksam gemacht, haben wir an Ort und Stelle Erkundigungen über diesen skandalösen Vorfall eingezogen und folgenden festgestellt: 25 Abgänge der freikaatlichen Fürsorgeanstalt Tempelburg melbten sich auf Aufforderung „freiwillig“ als Jagdtreiber, nachdem ihnen „gutes“ Essen in Aussicht gestellt worden war. Sehr nobel hat die Jagdgesellschaft ihr Versprechen gehalten. Die Jungen wurden mit der Bahn nach St. Albrecht gebracht, wo auf dem Gelände zwischen Hundertmark, Nabel und Hochzeit die Treibjagd vor sich ging. Den ganzen Tag mußten die Jungen mit Schürhaken (!) durch den halb Meter hohen Schnee waten. Ueberraschend großartig war dann die den Jungen versprochene Verpflegung. Auf irgend einem Hof, nicht einmal in einem geschlossenen Raum, bei 12 Grad Kälte erhielt jeder jugendliche Treiber eine Semmel, ein Stück Butter und eine Tasse Kaffee. Das war die versprochene Herrlichkeit. Am Spätnachmittag wurden die Jungen nach Odra transportiert und dann mit der Straßenbahn nach Tempelburg. Die Jagdgesellschaft blieb anscheinend in Odra, um bei Grog und Rostkon die Erfolge des Tages zu feiern.

Für die jugendlichen Treiber hatte der Tag einen anderen Erfolg. Am Abend wurden erfrorene Glieder festgestellt. 8 Kinder, die vom Staat in besonderen Schutz genommen worden sind, hatten ihre gesunden Glieder eingekühlt gegen ein Frühstück, das vielleicht 2 Pfennige wert war. Sie werden ihr Leben lang Krüppel bleiben.

Wer war denn der Verantwortliche der Treibjagd wird jeder Leser emvört fragen. Auch das ist festgestellt worden. Arrangiert dieser frivolen Treibjagd war der Medizinalrat Dr. Guhav Birnbacher, Kreisarzt des Kreises Danziger Höhe, in dem auch die Anstalt Tempelburg liegt. Das ein Kreisarzt der Urheber dieser unerhörten Vorfalls ist, ist allem die Krone auf. Er ist für die gesundheitlichen Schäden dieser Kinder verantwortlich. An Herrn Dr. med. Birnbacher richten wir die Frage: Wer zahlt die Kosten der Krankenhausbehandlung im Diafonienkrankenhaus und wer entschädigt die Krüppel für den Verlust ihrer gesunden Glieder? Hier ist Aufführung dringend geboten. Im übrigen überlassen wir das Verhalten dieses Kreisarztes der gesamten Öffentlichkeit.

Minister Straßburger in Danzig eingetroffen.

Minister Straßburger, der neue diplomatische Vertreter Polens in Danzig, ist heute früh mit dem D-Brage von Warschau her in Danzig angekommen. Er wird seine Funktionen sofort übernehmen.

Die freierwerbenden Beamtenstellen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Volkstag einen Antrag eingebracht, die vor Erlebigung der Staatsberatungen freierwerbenden etatsmäßigen Beamtenstellen nicht zu belegen. Man kann eben von einem Beamtenabbau nicht reden, wenn alle freierwerbenden Stellen sofort wieder besetzt werden.

Die Verstaatlichung der Polizei in Ropovot, Oliba und Odra hatte zur Kündigung der hier angestellten Ordnungspolizeibeamten Veranlassung gegeben. Auf eine kleine Anfrage teilt der Senat nunmehr mit, daß die gekündigten Beamten, bis auf vier, in die freikaatliche Polizei übernommen werden sollen. Bei den verbleibenden vier Beamten werde die Übernahme in andere Ämter des Staatsdienstes mehrheitlich möglich sein.

Beschlagnahme Danziger Silbermünzen an der polnischen Grenze. Die Fälle mehren sich, in denen an den polnischen Danziger Grenzstellen Silbermünzen von polnischen Grenzbeamten beschlagnahmt werden, die Danziger Staatsangehörige mit sich führen. Diese Beschlagnahmen sind darauf zurückzuführen, daß in Polen ein Ausfuhrverbot für Silbermünzen besteht. Um dieser Unannehmlichkeit zu entgehen, empfiehlt es sich, entweder noch Möglichkeit nur Papier- und Nickelgeld mitzunehmen oder sich bei der Mitnahme von Silbergeld nach Polen schon bei der Einreise von der polnischen Grenzdienststelle eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, damit bei der Rückkehr die Beschlagnahme vermieden wird. Ob die vom Senat seit einiger Zeit eingeleiteten Verhandlungen, die Polen zu einer gleichartigen Behandlung des Danziger Geldes bestimmen sollen, wie sie dem polnische Gelde in Danzig zu Teil wird, Erfolg haben, ist leider noch ungewiß. Nebenfalls würde eine Freizügigkeit des Geldes zwischen Danzig und Polen den beiderseitigen Interessen dienen und das Publikum vor einer Grenzschwierigkeit mehr bewahren.

Die 100-Gulden Scheine werden ungültig! Bis zum 12. März sind die 100-Gulden Scheine bei der Danziger Zentralkasse einzulösen um Umlauf gegen andere Zahlungsmittel. Der Aufruf der 100-Gulden Scheine erfolgt, weil Fälschungen im Umlauf sind. Bis hier 14 gefälschte Scheine angehalten worden, die wahrscheinlich auswärts hergestellt worden sind. Für Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen, ist wie aus einem Inserat in unserer heutigen Ausgabe ersichtlich, eine Belohnung von 1000 Gulden ausgesetzt worden, die eventl. erhöht werden soll. Solche Meldungen nimmt die Zentralkasse und die Kriminalpolizei entgegen.

Danziger Stadtsammler vom 26. Februar 1924:

Todesfälle: Schneider Julius Hermann 42 J. 5 M. — Arbeiter Paul Borchmann 37 J. — Hilfsmechaniker a. D. Karl Zieffe 74 J. 3 M. — Schlossergeselle Alfred Moeller 24 J. — D. d. Arbeiters Eugen Steinböser fast 2 M.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Die Mietsbeihilfen an Bedürftige.

Nationaler Theaterdonner. — Die abgegebene Selbstverwaltung der Gemeinden.

Es ist eine alte Tatsache, daß die bürgerlichen Kreise in den verschiedenen Parlamenten nur auf Kosten anderer Mietszuschüsse leben. Sie können an schönen Worten überbieten, kommt es aber darauf an, Taten zu zeigen, dann weichen die Verpflichtungen der Selbstverwaltung der Gemeinden anderen Parlamenten zu. So schieben die Bürgerlichen in den Gemeindeparlamenten die Aufgabe der Mietszuschüsse dem Vater Staat zu und im Volkstag erklären dieselben Kreise, die Gemeinden sollen diese Mietszuschüsse selbst bezahlen. Dasselbe Schauspiel erleben wir mit dem deutschen Nationalen Antrag im Volkstag, wonach der Senat auf die Gemeinden einen Druck ausüben solle zwecks Zahlung von Mietszuschüssen für Klein- und Sozialrentner. Bereits im Plenum wurde der deutschnationalen bei Beratung ihres Antrages die heuchlerische Frage arg zerlegt. Jetzt gelangte nun der Antrag im Gemeindeausschuß zur Beratung. Die Senatoren Dr. Hoffmann und Dr. Schwarz waren mit einer Anzahl von Staatsräten und Oberregierungsräten erschienen, um — den Antrag abzuwürgen. Es handelte sich für die Linksparteien ohne Zweifel fest, daß die Gemeinden zu dieser Hilfe nicht imstande sind, und hatten die Kommunisten den Antrag gestellt, daß der Staat seinen Zuschuß an den Besitzern der Sozial- und Kleinrentner verdoppelt. Herr Dr. Schwarz meinte, daß die Stadt Danzig solche Mietszuschüsse schon zahle, daß der Senat auch die Landrätsämter aufzufordern habe, dahin zu wirken, daß auch die Gemeinden Oliva und Ohra eine solche Hilfsaktion in die Wege leiten, doch hätten beide Gemeinden eine solche Vorlage noch nicht eingebracht. Mit der Forderung, daß die Gemeinden solche Mietszuschüsse zahlen sollten, sei der Senat einverstanden, doch müsse der kommunistische Antrag abgelehnt werden, erstens grundsätzlich, weil es nach Ansicht des Senats Aufgaben der Gemeinden sei, diese Hilfe zu gewähren, und zweitens, weil kein Geld da sei.

Senator Dr. Hoffmann schüttelte auch sein warmes Herz den notleidenden Kreisen gegenüber aus, doch... geben will er auch nichts. Vorhin Endes, so klang es aus seinen Worten, muß der Steuerzahler alle diese Ausgaben wieder aufbringen. Für die qualifizierte Armenfürsorge seien die Kommunen zuständig, sonst könnte es Danzig gehen wie der irrenköstlichen Armenpflege, die zusammengebrochen sei, als der Staat sie übernommen habe. Dann machte er einen Witz, indem er erklärte, daß der Staat für soziale Zwecke 35 Prozent der gesamten Einnahme ausmache, das stimmt nämlich nicht.

Die Gen. Brill, Reck und Mathieu konnten darlegen, aus welchen Gründen die Gemeinden nicht in der Lage seien, ausreichende Mietszuschüsse zu bewilligen. In Danzig würden die monatlichen Ausgaben bei nur 9 Gulden monatlichem Mietszuschuß 30.000 Gulden betragen. In der kleinen Gemeinde Neutrich sind 18 Kleinrentner, 120 Erwerbslose, 80 Sozialrentner und 36 Wohlfahrtsunterstützungsbefähigte vorhanden, auch diese Gemeinde kann die Ausgaben nicht tragen.

Einen weinischen Raum in der Ansprache nahm die Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden in Anspruch. Unsere Genossen standen auf dem Standpunkt, daß durch die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden diese gar nicht in der Lage seien, die Mittel aufzubringen, die sie

zu Wohlfahrtsausgaben benötigen. Der Senat wies darauf hin, daß der Senat den einstimmig gefassten Beschlüssen der Stadtratsversammlung von Neutrich auf Einführung neuer Kommunalsteuern die größten Schwierigkeiten entgegensetze. Jede Postkarte des Magistrats an den Senat müsse auf dem Umwege über das Landratsamt gesendet werden. Gen. Reck bemerkte noch, daß die Gemeinden nicht die ihnen zustehenden Rückvergütungen aus den Steuern erhalten. So habe die Gemeinde Neutrich als Rückvergütung aus der Umsatzsteuer für das Steuerjahr 1923 ganze 205 Guldenfennig erhalten. Auch Gen. Brill konnte beweisen, daß die Gemeinden die Rückvergütung aus den Steuern in ganz entwertem Gelde erhalten haben. Die Gemeinden müßten Mittel zur Verfügung gestellt erhalten, um ausreichende Armenfürsorge betreiben zu können. In den kleineren Landgemeinden sei es noch viel schlimmer. Zur Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden wies Gen. Brill darauf hin, daß der Senat der Gemeinde Ohra in der Frage der Beamtenbesoldung die größten Schwierigkeiten mache. Ohra habe dieselbe Einwohnerzahl wie Oliva. Ohra habe aber schon fast 10 Jahren mit dem Beamtenabbau begonnen und habe heute nur noch 28 Beamte und Angestellte, während Oliva, das nur einige Schulen mehr aufzuweisen habe, 120 Beamte und Angestellte habe. Wegen einer formalen Angelegenheit mache der Senat dem Kreisaußschuß von Danzig-Höhe die größten Schwierigkeiten. Unsere Genossen waren der Ansicht, daß allen bedürftigen Kreisen ausreichend geholfen werden muß. Die Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden beeinträchtigt sehr die Aufbringung der Mittel. Der Staat müsse deshalb diese Ausgaben tragen.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Vertreter der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Deutschen Partei und die deutschnationalen Pfa. Frau Kalläne und Karl Meier. Dagegen stimmten die übrigen Vertreter der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutsch-Danischer Volkspartei. Daraufhin wurde der deutschnationalen Antrag auf Gewährung von Mietsbeihilfen durch die Gemeinden mit diesem kommunistischen Zusatz mit 11 gegen drei deutschnationalen Stimmen angenommen. Aus dieser Abstimmung ersieht man, daß die Deutschnationalen nur Theaterdonner gemacht haben. Im Plenum wird nun die deutschnationalen Fraktion den eigenen Antrag niederstimmen. Die Erledigung dieser Angelegenheit im Plenum dürfte von großem Interesse sein.

Der verurteilte Rassist. Ein Expedient Herbert Peters in Danzig hatte den Antrag, mehrere Rassen Kofain nach Danzig zu expedieren. Er gab dem Kaiser den Auftrag, diese Rassen zu verkaufen, die dann nach der Wohnung eines Kollegen des R. gebracht wurden, wo das Kofain aus den Rassen entfernt und Rassensteine dafür hineingelegt wurden. Damit ja keine Rassenuntersuchungen vorgenommen werden könnten, und weil die Rasse unter amtlichem Rassenvermerk stand, wurde sie von dem Rassenwachmeister Friedrich Nikolai gemacht und beauftragt. Er hatte sich aber mit zunächst 50.000 Mark beiseite lassen und gestattete diese Umwandlung. Er nahm dann den Rassen für die Rassensteine entgegen und lieferte ihn „erschuldigt“ ab. Der Rassenwachmeister W. hat beim Abgang des Kofains mitgewirkt. Peters wurde wegen Diebstahls, Rassenuntersuchung und Beamtenbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis und 50 Gulden Geldstrafe verurteilt. Nikolai erhielt 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis, sowie 50 Gulden Geldstrafe. W. wurde zu 2 Monaten Gefängnis oder 200 Gulden Geldstrafe und wegen einer Rassenuntersuchung zu 60 Gulden Geldstrafe verurteilt. Peters und Nikolai wurden in Haft gehalten. Der Kollege des Peters, in dessen

Das polnische Schiffschiff „Dana“ das bekanntlich von Danzig aus eine Reise nach Südamerika angetreten hat, kam wenigstens von seiner Mannschaft berichtet. Nach Meldungen polnischer Blätter sollen von der Besatzung 12 Mann schiffsflüchtig geworden sein. Als das Schiff den Danziger Hafen verließ, hatte es 35 Personen an Bord. Davon landete die Schiffsbesatzung aus Kopenhagen 8, auf der Fahrt 3 Matrosen zurück. In die Südamerikaner kamen lief das Schiff also nur mit 76 Mann ein. Während der „Dana“ in brasilianischen Häfen ankerte, verließen elf Mann ohne Genehmigung der Führung das Schiff. Darunter befanden sich vier Matrosen, vier Schiffsjungen der jüngsten Klasse und drei Studenten, die als Einwanderer für die Seemannslaufbahn eine Probezeit erlebten. Das genügt auch.

Das Pech des Herrn Bedneritz aus Soda. Der Schuhmacher Franz Bedneritz aus Soda stand vor dem Schöffengericht und erzählte hier von seinem Pech, daß ihn auf seiner Reise nach Danzig und in Danzig betraf. Natürlich will er einen richtigen Paß besessen haben. In Danzig aber habe er ihn verloren. In dieser Verzweiflung habe sich ihm das Glück in einem anderen Paß, den er fand. Da dieser Paß nun zufällig kein Bild aufwies, habe er in seiner Aufregung sein Bild eingeklebt und damit sei er dann über die Grenze nach Danzig gekommen. Hier wollte er selbstverständlich nur reelle Geschäfte machen. In diesem Zweck habe er in Danzig Butter gekauft und nach Danzig gebracht. In Danzig auf dem Hauptbahnhof sei ihm aber diese Butter gestohlen worden. Dann sei er in die Markthalle gegangen, um dort Bodner Freunde zu finden. Er fand nun aber zufällig eine Dame, und da er klinkt, fiel er an sie heran und hatte nun das Unalück, daß die Dame behauptete, er habe ihr das Portemonnaie mit 15 Gulden aus der Tasche gezogen. Um sich allen Weiterungen zu entziehen, lief er davon, wurde aber eingeholt. Auf der Polizei an, den Namen an, den die Polizei nicht als richtig anerkannte. Die Dame behauptete nun bestimmt, daß sie sofort fühlte, wie der Angeklagte in ihre Tasche griff. Bei seiner Festnahme war das Portemonnaie bereits verschwunden. Vermutlich hat es ein Bodner Freund sofort in Empfang genommen. Auf der Polizei erkannte man in ihm einen alten Bekannten. Das Gericht glaubte die Erzählungen des Angeklagten nicht und verurteilte ihn zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Amliche Börsennotierungen.

Danzig, 26. 2. 24

1 Dollar: 5,80 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mar: 0,62 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,31 Gulden.

Berlin, 26. 2. 24.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 26. Februar. (Amlich.)

In Danziger Gulden per 50 kg. Weizen 11,00—11,00.
Roggen 6,95—7,20. Gerste 7,00—7,25. Hafer 6,35—6,50.
Viktoriaerbsen 25,00—27,50. Pelusken 7,50—7,50.
Wicken 7,00—7,75.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber.
für Interate Anton Kooßen sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von A. G. u. Co. Danzig.

Nachruf.

Am 24. d. Mts. starb nach schwerem Leiden der Gemeindevorsteher

Heinrich Budwald

Die Gemeinde verliert in dem Dahingeschiedenen einen pflichttreuen Beamten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Klein Plehnendorf, den 26. Februar 1924.

Gemeindevorstellung.
Mars.

Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 27. Februar abends 7 Uhr:

Dauerkarten Serie II 3. u. 4. Male:

Im Tal der weißen Lämmer

Dramatische Dichtung in 4 Akten (5 Bilder) von Hermann Kienzl. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wenz.

Mahado	Carl Kiewer
Balmi	Karl Heinz Stein
Zeitraleha	Dora Otterberg
Jadus, ein junger Hirt	Herman Weiß
Malavika	Erika Fels
Asinari	Erna Friederichs
Der Dorfbeder	Klaus Nord
Bishi-Bashi	Walt. Kraushauer
Juthama, 10 jähr. Mädchen	Liselotte Krönke
Kenaka, 6 jähr. Mädchen	Margot Lenfer
Ein Anabe	Carmen Paasch
Eine Stimme	Flora Heine

Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Donnerstag, 28. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zweites Gastspiel der „Danziger Tanzkultur“. Tanzdarbietungen nach Peer Gynt.

Freitag, 29. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie 3. „Der Opernbau“. Operette in 3 Akten.

Sonabend, 1. März, abends 7 Uhr. Vorstellung für die „Freie Volksschule“ (Geschlossene Vorstellung).

Sonntag, 2. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Othello“. Große Oper in 4 Akten von Verdi.

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Anruf

der Danziger Zwischengulden-Scheine zu 100.— Gulden.

Wir fordern hiermit die Inhaber unserer Kassenscheine über 100.— Gulden auf, uns diese Scheine bis zum 12. März 1924 einzuweisen zum Umtausch in andere Kassenscheine oder andere geeignete Zahlungsmittel der Freien Stadt Danzig.

Wir machen hierbei besonders darauf aufmerksam, daß der Anruf der 100-Gulden-Scheine deshalb erfolgt, weil Fälschungen der Stücke zu 100 Gulden in Umlauf sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt; im übrigen wird auf die Mitteilung in den Tageszeitungen hinsichtlich der Art der Fälschungen verwiesen.

Für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen, wird eine Belohnung von 1000.— Gulden eventuell höher, ausgesetzt. Entsprechende Mitteilungen bitten wir der Zentralkasse A. G., Danzig, Milchkanalengasse 33/34, und der Kriminal-Polizei, Danzig, zugehen zu lassen. Die Mitteilungen werden auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden.

Danzig, den 27. Februar 1924.

Danziger Zentralkasse Aktiengesellschaft.

„Institut“ für
Pfefferstadt
Nr. 7, 1. Treppe
2 Minuten vom
Hauptbahnhof.

Zahnleidende

Geleitet von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, betrachte ich es als **Hauptaufgabe**, jedem Zahnersatzbedürftigen sachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder sieht selbst ein, daß aus **gesundheitlichen Rücksichten** ein Zahnersatz **unbedingt** notwendig ist, da zum **größten Teil alle Magenkrankheiten** auf die Ursache eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.

Erstklassige Ausführung in naturgetreuer, feststehendem Zahnersatz unter Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Reparaturen, Umarbeitungen in einem Tage. Zahnziehen bei Bestellung kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz. Stützähne usw. 11/75

Plombieren mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend und gewissenhaft ausgeführt.

Schmerzloses Zahnziehen betreffend wird speziell hingewiesen auf die Anerkennung und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.

Die Preise sind sehr niedrig, Zahnersatz pro Zahn von **2 Gulden** an.

Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von **2 Gulden** an. Neuzellulose hygienische Operationszimmer. — Eigenes Laboratorium. Auswärtige Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.

Durchgehende Sprechzeit von morgens 8—7 Uhr abends Sonntags von 9—12 Uhr vorm

Likörfabrik Kurt Kessler, Zoono

Verkaufsstelle Danzig, Fleischerg. 55

Billigste Bezugsquelle für Danziger Liköre

Rum-, Cognac- und Arac-Verschnitte, Fruchtsäfte Weinhandlung 12/50

Neuerwerbungen:

Bürgerkrieg

von Hermann Schühinger.

Preis 1,20 G

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

Billiger Verkauf!

Herren-Anzüge, Paletots, gestreifte Hosen und Herrenartikel

kaufen Sie billigst in 12/50

Braun's Konfektions-Haus

Vorstadt, Graben Nr. 15,

Ecke Fleischergasse.



Verein Fahne

Sonabend, den 1.3. im Verfspelschhaus

Wintervergnügen

Anfang 7 Uhr. Eingeführte Gäste willkommen. 12/50

Der Vorstand.

Wäsche-Mäherin

Sehr geübte, ältere findet gut bezahlte dauernde Beschäftigung.

Köpernick, Schlicht, Höhenweg 11.

Fahrtkarte wird vergütet. 12/50

Strümpfe

werden gestrickt!

Vogt, Brabank 9, 1 Tr.

Anfängerin in Stenographie und Schreibmaschine

sucht Stellung.

Offert. unt. 1977 a. d. Exp. der Volksstimme. 11

Wohnungsausschlag!

2 große, 1 kl. Zimm., Küche, Entree, sonnig (Mattenboden), geg. 3 od. 4 Zimm. abgegeben. 30. 4. fragen Bromund, Rähm 19a, 3 Tr., rechts. 11

Ein Zimmer

von sofort od. 1. März zu vermieten. 11

Schub 10, 1 Tr.

Möblierte Zimmer, möbl. Wohnungen,

Büro- u. Lagerräume

Geländestücken sucht

Priv. Wohn. Nachweis

Mallon, Pfefferstraße 5.

Für Vermieter kostenlos. Tel. 7053. 11/24

Verloren!

Montag, abends 6 Uhr (Mahlzeit). Süßfrucht (handl.) Portemonnaie mit 5 Doll. 16 G. Gehilfen. Find. wird gebt, daselbst gegen Belohnung abzugeben. bei Loperi, Sperling. 11/24

gasse 18—19, 4 Tr.

